

Wilfried Marxer: «Liechtenstein geht es unter dem Strich gut»

Interview Im Auftrag des Think-Tanks Zukunft.li hat das Liechtenstein-Institut eine Umfrage mit ausgewählten Experten geführt, um die Herausforderungen Liechtensteins zu erörtern. Wilfried Marxer gibt einen kleinen Einblick in die Ergebnisse.



Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut präsentierte am Montagabend die Ergebnisse der Umfrage im Auftrag von Zukunft.li. (Foto: Michael Zanghellini)

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Herr Marxer, das Zukunftsradar umfasst ein breites Themenspektrum, welches sind denn die zentralen Punkte?

Wilfried Marxer: Da die Fragen in Form eines Leitfadeninterviews sehr offen gestellt wurden, hat sich ein breites Themenspektrum ergeben. Dies umfasst Kommentare zur Wirtschaft, zu Politik und Staat, der internationalen Zusammenarbeit, zu sozialen und ökologischen Fragen bis hin zu Äusserungen zu Bildung und Forschung oder der Rolle des Individuums in der Gesellschaft.

Die Stiftung Zukunft.li hat sich zum Start auf drei Projekte geeinigt, eines davon betrifft das Wachstum sowie die Arbeitsplatz- und Bevölkerungsentwicklung. Im Hinblick darauf wird von vielen Befragten die Öffnung des Landes gefordert. Welche Chancen und Risiken verbinden die Befragten damit?

Einerseits wurden die beschränkten Bodenressourcen, Umweltbelastungen, Infrastrukturfragen oder negative wie positive Konsequenzen für den Verkehr genannt, andererseits das Wirtschaftswachstum und der Bedarf an Arbeitskräften, der zunehmend mit Grenzgängern gedeckt wird, damit einhergehend auch ein Verlust an Steuern und Konsumausgaben in Liechtenstein. In der Frage der Zuwanderung ist auf die Befindlichkeit der Bevölkerung bezüglich Tradition, Heimat und Identität Rücksicht zu nehmen. Es wurde kritisiert, dass nicht zuletzt aus diesem Grund der öffentlichen Debatte über die Zuwanderung zu stark aus dem Weg gegangen wird.

Ein Interviewpartner hat sich für ein Liechtenstein mit 100 000 Einwohnern ausgesprochen, inwiefern ist ein solches Szenario überhaupt realistisch?

Realistisch ist dies im Moment nicht. Dahinter steht wohl die Feststellung, dass Liechtenstein weder Stadt noch Land ist und 100 000 Einwohner mehr Urbanität bringen würde. Es ist aber auch wesentlich damit be-

gründet, dass die heutige Zahl an Arbeitsplätzen ohne Grenzgänger eigentlich eine Bevölkerungsgrösse von rund 70 000 Personen bedingen würde, mit zunehmenden Arbeitsplätzen entsprechend mehr.

Manche fürchten sich vor einer Überfremdung, sollte die Zuwanderungspolitik weniger restriktiv gestaltet werden. Eine berechtigte Angst in Ihren Augen?

Überfremdung ist gefühlbasiert und nicht von einer Zahl abhängig - das zeigen die Pegida-Demonstrationen in Dresden und ausländerfeindliche Aktionen in anderen Regionen, in denen es kaum Ausländer gibt. Wenn die Zuwanderungspolitik weniger restriktiv gestaltet wird, ist aber jedenfalls mit verstärkter Zuwanderung zu rechnen.

Welche anderen Vorschläge brachten die befragten Experten in puncto Wirtschaftswachstum ein?

Hier können Stichworte wie qualitatives Wachstum, Wachstum in Branchen mit hoher Wertschöpfung oder ökonomisch perspektivenreiche Nischen genannt werden, die die Umbrüche im Finanzplatz kompensieren. All dies genauer zu definieren wird aber wohl Aufgabe für Folgeprojekte sein.

Ein weiteres Thema, welches sich Zukunft.li annehmen möchte, ist die Organisation und Finanzierung der Alterspflege. Welche Herausforderungen sehen die Befragten hier und gibt es bereits Vorschläge, denen es nachzugehen lohnen würde?

Der demografische Wandel und die damit einhergehenden Herausforderungen sind von etwa der Hälfte der Befragten thematisiert worden. Ideen wurden beispielsweise zur Organisation und Bezahlung der Alterspflege gemacht sowie zu den Rahmenbedingungen, die verbessert werden könnten, etwa im Bereich der Teilzeitarbeit.

Nicht nur der demografische Wandel, auch die Gleichberechtigung

zwischen Mann und Frau war Thema des Zukunftsraders. Welche Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, um berufstätige Frauen zu fördern?

Hierzu gibt es unterschiedliche Meinungen. Die einen sehen hier eher eine Aufgabe des Staates, die Berufstätigkeit der Frauen mit geeigneten Massnahmen zu fördern, während andere staatlichen Regulierungen und Massnahmen skeptisch gegenüber stehen. Bezahlbare Krippenplätze, Mittagstische, Tagesschulen und flexiblere Arbeitszeiten wurden beispielsweise genannt, wobei wie gesagt offen bleibt, ob dies eher eine Aufgabe des Staates oder von Privaten sein soll.

Wie stehen die Befragten zu einer Frauenquote?

Diese Forderung ist nur von wenigen Befragten erhoben worden. Als Alternative wird gesehen, dass die staatlichen Institutionen mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Es wird auch erwähnt, dass der Gesellschaft klar werden müsse, dass die Frau in Zukunft im Erwerbsleben nicht mehr vernachlässigt werden könne.

Zu guter Letzt möchte sich Zukunft.li dem Finanzausgleichssystem widmen. Wie positionieren sich die Befragten zu diesem Thema?

Es geht bei dieser Frage um die finanzielle Lage des Staates und der Gemeinden im Vergleich. Verschiedene Befragte haben festgestellt, dass eine Diskrepanz zwischen der sehr guten Finanzlage der Gemeinden und den Sparbemühungen des Staates existiert. Gemeinden sind aber auch im Kontext von Raumplanung und Verkehr sowie unter dem Stichwort Gemeindefusionen zur Sprache gekommen.

Welches Zeugnis wird der Politik ausgestellt?

Klar ist, dass es Liechtenstein unter dem Strich gut geht. Das wird von Befragten aus dem Ausland noch deutlich klarer wahrgenommen als

von Befragten aus Liechtenstein. Andererseits wird aber auch eine Perspektiv- und Mutlosigkeit der Politik kritisiert, eine Dominanz der Eigeninteressen sowie Konfliktscheu bei der Thematisierung unangenehmer Sachverhalte. Die grosse Mehrheit vermisst klare Visionen über die Zukunft Liechtensteins. Es werde zu viel reagiert statt zu agieren.

Das Vertrauen in die Politik nimmt ab, warum?

Es wird ein grundsätzlich hohes Vertrauen in die Politik wahrgenommen. Es gab aber auch Stimmen, die das Vertrauen schwinden sehen, etwa weil die politischen Prozesse komplizierter würden. In dieser Hinsicht wird auf die wichtige Rolle der politischen Bildung hingewiesen.

Bezüglich der Zukunft Liechtensteins sind einige Gegensätze zwischen den Positionen der Befragten aufgetreten. Worauf konnten sich die Befragten einigen?

Es gab sogar zu den meisten Zukunftsfragen sehr unterschiedliche Einschätzungen. Man wird also um eine Vertiefung der einzelnen Fragen nicht herumkommen. Die Befragung liefert keine fertigen Rezepte. Einig sind sich die Befragten darin, dass wir uns in einem tief greifenden Wandel befinden, wofür die Umwälzungen im Finanzsektor exemplarisch stehen. Welche Antworten darauf zu geben sind, wird eine Frage der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung sein, wesentlich beeinflusst auch von internationalen Entwicklungen.

ZUR PERSON

Wilfried Marxer ist Direktor und Forschungsleiter Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut. Unter seiner Leitung führte das Institut im Auftrag der Stiftung Zukunft.li eine Umfrage unter 31 in- und ausländischen Persönlichkeiten, unter anderem aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Recht, durch.